

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

Eröffnungsansprache

- es gilt das gesprochene Wort –

Wintertagung des Deutschen Atomforums, 07./08.02.2007, Berlin

Kernenergie im Spannungsfeld von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur diesjährigen Wintertagung des Deutschen Atomforums begrüße ich Sie sehr herzlich. Auch in diesem Jahr ist es uns wieder gelungen, hervorragende Redner für diese Veranstaltung zu gewinnen. Nicht nur deswegen, sondern auch wegen der Wiederbelebung des Themas Kernenergie, steigen die Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen des Deutschen Atomforums ständig. Darüber können wir uns freuen.

Noch mehr als im vergangenen Jahr steht das Thema Energiepolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Die Europäische Kommission hat vor wenigen Wochen ihr Strategiepapier "Eine Energiepolitik für Europa" präsentiert und in diesem Sommer wird in Deutschland ein weiterer Energiegipfel unter Leitung von Bundeskanzlerin Merkel stattfinden, der zentrale Weichenstellungen für ein Energiekonzept markieren soll – so ist es jedenfalls geplant.

In der Politik schwirrt es geradezu angesichts der Preisentwicklung bei Strom und Gas, der drängenden Frage des Klimawandels und der Erkenntnis, dass Versorgungssicherheit keineswegs selbstverständlich ist, von Vorschlägen, Ratschlägen und Forderungen.

Anrede

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen haben immer gefordert, dass das Thema Energie ganz oben auf der politischen Agenda stehen muss. Jetzt ist es soweit. Und deshalb darf man sich darüber im Grundsatz nicht beklagen.

Was man allerdings verlangen darf und muss, ist, dass die Grundannahmen stimmen, die Vorschläge in sich konsistent sind und überschießender

populistischer Aktionismus vermieden wird. Es gibt weder Beweise für einen Missbrauch der Marktstellung der vier großen Stromerzeuger noch trifft dieser Vorwurf zu. Aber trotzdem hat sich dieser Vorwurf in der öffentlichen Diskussion verselbständigt; die Behauptung wird als Tatsache genommen. Und aus der falschen Behauptung werden politische Forderungen abgeleitet. Das geht von der Forderung nach dem sogenannten ownership unbundling (Kommission), über die Verlängerung der Tarifgenehmigungspflicht über den 1. Juli 2007 (Thoben) hinaus, über die faktische Strompreisregulierung durch die beabsichtigte GWB-Novelle (BMWi) bis hin zu ebenso markigen wie unüberlegten Forderungen wie der Abgabe von Erzeugungskapazitäten (Rhiel) und gar der Abschaffung der Strombörse (Schleswig-Holstein).

#### Anrede

Ich räume ein, dass beim Thema Netze durchaus noch Optimierungspotential besteht – Stichworte: market coupling, Grenzkuppelstellen, usw. Aber nun haben wir gerade einmal seit einem Jahr ein neues Regulierungsregime und eine Regulierungsbehörde. Die Netznutzungsentgelte sind massiv gesenkt worden und die Netzzugangsverordnung wird in Kürze kommen. Warum dann schon ein nächster Schritt, wenn das neue Regulierungsregime gerade erste Früchte trägt? Glaubt denn jemand, dass ein privater Investor, der von den EVU die Netze erwirbt, geringere Renditeanforderungen stellt und mehr investiert als die EVU? Ich bin überzeugt, das Gegenteil wäre der Fall. Das angebliche Allheilmittel – und bei politischen Allheilmitteln ist immer Vorsicht geboten! – ownership unbundling würde sich als das entpuppen, was es ist – ein politisches Schlagwort ohne Substanz.

Was wir für den Wettbewerb in der Tat brauchen, ist mehr Liquidität im Erzeugungsmarkt. Durch die Forderung nach Abgabe von Erzeugungskapazität

wird aber keine kW/h in Deutschland mehr erzeugt und die "merit order", die kostenorientierte Reihenfolge des Einsatzes der Anlagen, nicht verändert. Im westeuropäischen Strom-Regionalmarkt haben EDF 30 %, dagegen E.ON und RWE gerade mal jeweils 7 % Marktanteil an der Erzeugung. Soviel zum Thema Marktmacht von E.ON und RWE.

Investiert wird in Erzeugung nur, wenn die whole-sale-Preise die Vollkosten eines neuen Kraftwerks abdecken. Die Entwicklung der whole-sale-Preise hat dazu geführt, dass zur Zeit in Deutschland über 40 Kraftwerksprojekte in Bau und Planung sind, davon mehr als die Hälfte nicht von den sogenannten "Grossen 4". Dieser positive Ansatz würde im Keim erstickt, wenn die Erzeugungspreise, wie vom BMWI beabsichtigt, herunterreguliert würden: Es könnten die Vollkosten für neue Erzeugungskapazitäten im Markt nicht mehr verdient werden. Das würde dann nicht nur die großen Vier sondern alle Erzeuger treffen. Erste Absetzbewegungen von Erzeugungsprojekten als Folge des Vorschlags der Wettbewerbsnovelle sind schon erkennbar. Dies zeigt: Der Gesetzentwurf würde genau das Gegenteil dessen, was er angeblich bewirken soll, zur Folge haben: nämlich weniger statt mehr Wettbewerb. Genau dies hat der eigene Wissenschaftliche Beirat dem Bundeswirtschaftsminister vor einigen Wochen ins Stammbuch geschrieben. Bislang scheint er davon unbeeindruckt zu sein.

Im Kern geht es – vielleicht etwas überspitzt – um eine zentrale Weichenstellung: Fortführung der Liberalisierung in europäischen Regionalmärkten und eines Tages im gesamten EU-Raum oder Zurückdrehen des Rades mit Regulierung auch der Erzeugung und nationaler Abschottung.

Da folge ich dann lieber der Kommission auf ihrem Weg zum europäischen Strommarkt, der bei aller Kritik an einzelnen Vorschlägen oder Vorgehensweisen im Grundsatz der Richtige ist.

## Anrede

Die Kommission hat sich mit ihren Vorschlägen in Sachen Kernenergie soweit aus der Deckung gewagt wie noch nie. Sie hat in ihrem Bericht klar und nüchtern den heutigen Beitrag der Kernenergie in der EU und vor allem auch die Chancen eines weiteren Ausbaus der Kernenergie im Hinblick auf CO<sub>2</sub>-Vermeidung, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit hervorgehoben. Sie liegt damit auf einer Linie mit der IEA und auch dem Stern-Bericht, der Basis für die künftige Ausrichtung der Kernenergiepolitik in Großbritannien ist. Der Vorgang zeigt einmal mehr, dass Deutschland mit seiner Ausstiegspolitik zunehmend auf dem Weg in die Isolation ist. Natürlich hat die Kommission sich pflichtschuldigst beeilt zu betonen, dass die Verantwortung für den Energiemix bei den Mitgliedsstaaten liegt. Trotzdem ist die Botschaft ganz klar: Überlegt euch noch einmal, ob der Ausstieg der richtige Weg ist! Schließlich kann es auch den anderen Mitgliedsstaaten nicht egal sein, ob Deutschland als größter Mitgliedsstaat durch seinen Ausstieg aus der Kernenergie das Erreichen des ohnehin schon ambitionösen CO<sub>2</sub>-Ziels der Kommission bis 2020 unmöglich macht. Den Stromkunden, z. B. in Frankreich, wird es auch nicht gleichgültig sein, ob wegen der Vernetzung der Märkte durch eine künstliche Verknappung des Stromangebots in Deutschland auch in Frankreich die Preise steigen. Und wenn wir als Kernenergieersatz vor allem Gaskraftwerke bauen, wird es den Briten auch nicht Freude machen, dass wir Gas in unseren Kraftwerken verbrennen, das dann für den europäischen Wärmemarkt nur noch zu deutlich höheren Preisen zur Verfügung steht. Ich sage voraus: der Druck auf Deutschland, die Ausstiegsposition zu überdenken, wird enorm wachsen. Die

Isolation Deutschlands in der Kernenergie-Frage auf dem G-8-Gipfel in St. Petersburg war nur ein erster Vorgeschmack.

Wie Sirius-Stern-weit die SPD mit ihrem Nürnberger Parteitagsbeschluss von 1976 von der heutigen Realität ist, zeigt die dort aufgestellte nach wie vor gültige Forderung: "Der Parteitag fordert die Nutzung aller rechtlichen und politischen Möglichkeiten, um Importe von Atomstrom zu verhindern."

Anrede

Eine Neubewertung der Kernenergie liegt aber auch in unserem ureigensten nationalen Interesse.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde in den Jahren 1999 bis 2001 unter Annahme von Erwartungen getroffen, die sich in der Zwischenzeit als unzutreffend oder nicht haltbar herausgestellt haben. Werner Müller, der Wirtschaftsminister der rot-grünen Koalition, hat dies vor einigen Wochen in einem Focus-Interview bestätigt und er hat mit dieser Aussage völlig Recht. Daher drängt sich eine Neubewertung der damals getroffenen Entscheidung auf – und zwar aus folgenden Gründen:

1. Klimaschutzziele werden beim Ausstieg nicht erreicht:

Die Behauptung, wir könnten unsere ehrgeizigen deutschen CO<sub>2</sub>-Ziele trotz Ausstieg aus der Kernenergie erreichen, erweist sich als falsch:

Wie die Dena-Netzstudie zeigt, werden wir die Ziele zwar bis 2012 vielleicht noch erreichen können, das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um bis zu 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren, jedoch definitiv nicht. Das gilt entsprechend auch für die CO<sub>2</sub>-Emmissionsvorgaben im Rahmen von

NAP II. Trotz eines unterstellten massiven Windanlagenausbaus kann das CO<sub>2</sub>-Emissionsvolumen gerade einmal auf dem Niveau von 2003 stabilisiert werden. Strom aus Off-Shore-Wind wird in großem Umfang nicht so schnell zur Verfügung stehen, wie die Dena-Netzstudie gezeigt hat. Die Integration der Erneuerbaren – insbesondere Wind – in die Energiesysteme stellt sich heute weitaus schwieriger dar als noch vor 6 Jahren gedacht. Bei allen Anstrengungen wird auch die Steigerung der Energieeffizienz das Problem nicht lösen. Realistisch betrachtet, wird die Kompensation der wegfallenden Kernkraftwerksleistung in Deutschland nicht ohne den Bau neuer Kohle- und vor allem Gaskraftwerke möglich sein. Das bedeutet wiederum neue CO<sub>2</sub>-Emissionen – je nach eingesetztem Primärenergietyp würde der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß um **65 bis 185** Millionen Tonnen gegenüber dem Einsatz der Kernenergie ansteigen. Dies entspricht im höchsten Fall 16 % der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990.

Ich möchte dies mit einem schlichten Zahlenwerk untermauern:

Die Bruttostromerzeugung betrug 2005 in Deutschland 618 TWh. Zieht man davon als Zielwert für 2020 5 % Verbrauchsreduzierung und einen Anteil von 25 % Erneuerbare Energien – und beides ist schon sehr ambitioniert – ab, verbleibt ein Saldo von 440 TWh. Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie müssen diese 440 TWh fossil erzeugt werden. 2005 lag die fossile Erzeugung jedoch bei 370 TWh. Das heißt: Trotz ambitionierter Stromeinsparung und deutlichem Ausbau der Erneuerbaren, müssen 2020 70 TWh zusätzlich mit den entsprechenden CO<sub>2</sub>-Belastungen fossil erzeugt werden. Werden jedoch unsere Kernkraftwerke weiterbetrieben – sie haben 2005 120 TWh Strom erzeugt – können wir bezogen auf 2020 auf 50 TWh fossile Erzeugung verzichten mit den entsprechenden CO<sub>2</sub>-Einsparungen.

Damit lautet die Alternative unausweichlich:

Entweder wir steigen, wie derzeit noch vorgesehen, aus der Kernenergie aus. Dann erreichen wir die CO<sub>2</sub>-Ziele nicht und müssen sie nach unten korrigieren. Oder wir revidieren den Ausstiegsbeschluss und können unsere CO<sub>2</sub>-Ziele erreichen.

Beides Ausstieg und Erreichen der CO<sub>2</sub>-Ziele ist nicht zu haben. Man mag sich noch einige Zeit politisch durchmogeln, z. B. in dem man realitätsfremde Hoffnungswerte für die Energieproduktivität postuliert. Aber an einer Entscheidung führt kein Weg vorbei.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur begrüßen, dass Bundeskanzlerin Merkel vor wenigen Tagen die Befürworter des Kernenergieausstiegs aufgefordert hat, nachzuweisen, wie denn Kernenergieausstieg und Erreichen der Klimaschutzziele in Einklang gebracht werden können. Der am vergangenen Freitag von der IPCC vorgestellte Klimabericht hat einmal mehr gezeigt, wie ernst die Situation um den Klimawandel ist. Wer auf eine so wesentliche CO<sub>2</sub>-Minderungs-Möglichkeit wie die Kernenergie verzichten will, trägt dafür die Beweislast.

Anrede

Ein umfassender CO<sub>2</sub>-freier Ersatz der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie wird erst möglich sein, wenn die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung bei fossilen Kraftwerken technisch und wirtschaftlich gelöst ist. Das wird aber nach Einschätzung der Experten keinesfalls vor 2025/2030 der Fall sein. Damit kommt der Ausstieg aus der Kernenergie unter CO<sub>2</sub>-Aspekten jedenfalls zu früh. Ob allerdings die Kernenergie nur eine Übergangstechnologie oder eine langfristige Option ist, muss heute noch nicht politisch entschieden werden. Ich bin jedoch der Auffassung, dass sie das Potential für eine langfristige und

nachhaltige Energieversorgung hat. Weltweit wird z. B. an neuen Reaktorkonzepten – der sog. Generation IV – gearbeitet: mit noch besseren Sicherheitseigenschaften, höheren Effizienzgraden, besseren Möglichkeiten der Wärmeauskopplung und weniger radioaktiven Abfällen.

Anrede

Es wird immer wieder behauptet, das Festhalten an der Kernenergie verhindere den Umbau des Energiesystems. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir die Kernenergie ersetzen müssen, können wir das nur auf heutiger, vor allem fossiler Technik und zementieren damit das System mindestens für die nächsten 40 Jahre. Und genau das geht zu Lasten von Erneuerbaren und clean coal. Das sage nicht nur ich; das sagt z. B. auch Herr Vahrenholt, einer der Vorreiter der Windenergie. Überhaupt bin ich der Auffassung, dass der angebliche Gegensatz zwischen Erneuerbaren und Kernenergie konstruiert und überholt ist. Wir müssen raus aus dem alten Schützengraben: Wer für Erneuerbare ist, ist gegen Kernenergie und wer für Kernenergie ist, ist gegen Erneuerbare. Beide haben in künftigen Energiesystemen ihren Platz und können sich ergänzen. Die energiepolitische Ausrichtung Großbritanniens zielt genau in diese Richtung.

## 2. Ausstieg führt zu volkswirtschaftlichen Belastungen:

Auch die Behauptung, der Ausstieg aus der Kernenergie sei ohne volkswirtschaftliche Verwerfungen zu haben, trifft nicht zu.

Schließlich bildet die Kernenergie in Deutschland in einem ausgewogenen Energiemix das Rückgrat der Energieversorgung. Sie trägt derzeit mit rund 27 % zur öffentlichen Stromversorgung bei. In der Grundlast liegt der Anteil sogar bei fast 50 %. Und der Kernkraftwerkspark in Deutschland ist mit

einem Durchschnittsalter von fast 24 Jahren vergleichsweise jung – bezogen auf die erwartete Lebensdauer und die Entwicklungen im Ausland (60 Jahre). Wenn wir also abschalten, reden wir über eine gewaltige Kapitalvernichtung. Laut einer vom BDI beim EWI und beim EEFA-Institut in Auftrag gegebenen Studie müsste die deutsche Volkswirtschaft bei der Umsetzung des Ausstiegs-Beschlusses zusätzliche Mittel für den Bau und Betrieb von Ersatzkraftwerken aufbringen, die ansonsten für anderweitige Zwecke – investive oder konsumptive – zur Verfügung stünden. Darüber hinaus hätten, so die Gutachter weiter, längere Laufzeiten über Wettbewerbs- und Einkommenseffekte einen ganz erheblichen Einfluss auf Produktion und Beschäftigung. Können wir es uns angesichts der trotz jüngster Fortschritte immer noch bescheidenen Entwicklung unserer Volkswirtschaft wirklich leisten, auf diese positiven Entwicklungen zu verzichten?

Dabei unterstellt die Studie, dass die Ersatzkapazitäten für die Kernenergie zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden können. Schon heute zeigt sich jedoch eine Verknappung der Lieferkapazitäten der Kraftwerkshersteller. Diese Situation wird sich noch verschärfen, wenn bis 2020 zusätzlich zu den altersbedingten abgehenden Kraftwerkskapazitäten auch noch die Kernenergie – immerhin zusammen 40 % unserer heutigen Kapazität! – ersetzt werden soll. Von einem zeitgerechten Ersatz kann also keineswegs ausgegangen werden. Die Folge wäre eine Verringerung statt einer massiven Erhöhung des Stromangebots, die von allen Seiten zu Recht gefordert wird. Die Konsequenz wäre ein weiterer Anstieg der Strompreise. Gerade hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit der Politik: einerseits wird mehr Wettbewerb durch mehr Erzeugungskapazität im Markt gefordert und andererseits hält man am Ausstieg und damit Verlust an Erzeugungskapazität fest.

### 3. Der Ausstieg geht zu Lasten der Versorgungssicherheit:

Die Verschärfung des Themas Versorgungssicherheit – Stichwort: höhere Erdgasimporte, Verteuerung von Gas und Öl, Zugang zu den Ressourcen – hat vor 7 Jahren noch niemand so recht wahrgenommen oder wahr haben wollen. Zu Beginn der Rot-Grünen-Regierungscoalition 1998 lag der Ölpreis bei acht bis zehn Dollar pro Barrel. Es wurde ein Anstieg des Ölpreises auf 20 bis 25 Dollar pro Barrel prognostiziert. 8 Jahre später ist Ernüchterung eingeleitet. Im Juli 2006 lag der Ölpreis bei mehr als 75 Dollar je Barrel. Zwar rechnen Experten damit, dass der Ölpreis künftig die 60-Dollar-Marke nicht wesentlich überschreiten wird. Aber es sollte sich auch niemand große Hoffnungen auf weiter sinkende Öl- und Benzinpreise machen. Wenn wir aus der Kernenergie aussteigen, können wir die Kernenergie – und das auch nur mit Verzögerung – mit Kohle- und vor allem mit Gaskraftwerken ersetzen. Und letzteres heißt: noch höhere Abhängigkeit. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit haben uns die Augen dafür geöffnet, wie gefährlich das werden kann. Immerhin könnten wir die Erdgasimporte schon bei einer Laufzeitverlängerung auf 40 Jahre um 9 % reduzieren, so das bereits zitierte BDI-Gutachten.

Dabei ist Deutschland noch abhängiger von Energieimporten als Gesamteuropa. Die deutsche Importabhängigkeit bei Rohöl liegt heute schon bei 96 %, Gas importieren wir zu 83 % und bei Steinkohle sind es 60 %. Die Europäische Union ist heute etwa zur Hälfte von Energieimporten abhängig. Im Jahr 2030 prognostiziert die Internationale Energieagentur einen Anstieg der europäischen Energieimportabhängigkeit auf mehr als 70 %.

Deutschland wird langfristig auf den Import von Energierohstoffen angewiesen bleiben. Eine Politik der Autarkie ist unrealistisch. Aber wir können den Importbedarf begrenzen, der Abhängigkeit von einigen wenigen

Energieträgern entgegenwirken und so die Risiken vermindern. Dazu gehört ein breiter Energiemix, bei dem auch die Kernenergie eine wesentliche Rolle spielt.

## Anrede

Zwar wird bezüglich der Reichweite von Uran gerade von Seiten der Kernenergiegegner neuerdings sehr gerne das schnelle Ende dieser Ressource behauptet. Fakt ist dagegen, dass von der IAEQ und der Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften Uranreichweiten von über 200 Jahren errechnet wurden. Uran ist ein weltweit vorkommender Rohstoff, der auf allen Kontinenten gefördert wird. Die wichtigsten Lieferländer sind die Industrieländer Australien und Kanada. Auf die politische Stabilität – im Gegensatz zu vielen ölfördernden Ländern – muss ich nicht explizit hinweisen.

Der Brennstoffkostenanteil, einschließlich der Entsorgungskosten beträgt bei der Stromproduktion aus Kernenergie nur 10 % der Vollkosten. Davon sind gerade mal 3 % Natururankosten, d. h. die Steigerung der Uranpreise hat einen vernachlässigbar geringen Anteil an den Produktionskosten von Strom aus Kernkraftwerken; diese bleiben – anders als bei Kohle und vor allem Gas auch bei steigenden Uranpreisen weitgehend stabil. (Bei einer Steigerung der Urankosten um 200 % würden die Gesamtkosten lediglich um 4 – 5 % ansteigen.) Der Einsatz von Kernkraftwerken schützt vor der Volatilität der Rohstoffpreise.

Zusammengefasst heißt das: Die weltweite Verteilung, die hohe Konzentration in entwickelten bzw. verlässlichen Staaten und die lange Reichweite machen Uran zu einer sicheren und langfristig verfügbaren

Primärenergie. Und damit ist es richtig zu sagen: Kernenergie ist ebenso wie Braunkohle oder Erneuerbare faktisch ein heimischer Energieträger, auf den wir daher auch nicht verzichten dürfen.

#### 4. Deutschland ist auf dem Weg in die internationale Isolation:

Der ehemalige Bundesumweltminister Trittin brachte bei der Unterzeichnung der Kernenergie-Vereinbarung im Juni 2001 seine Erwartung zum Ausdruck, dass der deutsche Weg weltweit Vorbildcharakter haben wird. Zitat: "Die Unterzeichnung des Atomausstiegs ... ist eine Botschaft, die weit über die Bundesrepublik hinausreicht." Beachtung vielleicht schon, aber keine Nachahmung, vielmehr zunehmend distanzierte Verwunderung. Deutschland ist auf einem energiepolitischen Sonderweg und das im Alleingang.

Die Annahme, andere würden uns in unserem Beispiel im Ausstieg folgen, hat sich als naiv entpuppt. Die Finnen haben uns nicht gefragt, ob sie einen neuen Reaktor bauen sollen. Die Franzosen haben unseren Ausstieg ohnehin nie verstanden. Und die Engländer fragen uns auch nicht, wenn sie wieder in die Kernenergie einsteigen. Von den Russen, Amerikanern, Japanern, Chinesen oder Indern ganz zu schweigen. Im Gegenteil: wir sind dabei, uns durch den Ausstieg aus der internationalen Diskussion auch um Sicherheitsfragen mehr oder weniger zu verabschieden, sind isoliert und werden nicht mehr richtig ernst genommen. Also: kein Gewinn an Sicherheit, sondern eher ein Verlust an Sicherheit.

Anrede

Wie man es auch dreht und wendet:

In allen vier dargestellten Punkten – Klimaschutz, volkswirtschaftliche Auswirkungen, Versorgungssicherheit und angebliche Vorbildfunktion – ist es

anders gekommen, als 2000 gedacht. Die damaligen Erwartungen der Befürworter des Kernenergieausstiegs erfüllen sich nicht. Deshalb kommen wir um eine Neubewertung der Kernenergie auch in Deutschland nicht herum.

Natürlich ist das nicht nur eine Frage des Kopfes sondern auch von Einstellungen und Gefühlen.

Ich kann durchaus nachvollziehen, dass dies Kernenergie-Gegner, für die der Ausstieg über Jahre zu einer Grundüberzeugung, ja einer Lebenshaltung geworden ist, außerordentlich schwer fällt. Aber auch Grundüberzeugungen muss man überdenken, wenn es um eine Überlebensfrage wie dem Klimawandel geht. Sogar Dr. Patrick Moore, Mitbegründer von Greenpeace, sagt – Zitat: "Kernenergie ist der Schlüssel für die zukünftige Sicherung einer gesunden Umwelt bei einer wachsenden Weltbevölkerung."

Helfen mag hierbei, dass die deutschen Kernkraftwerke unbestritten zu den sichersten weltweit gehören. Ein Indiz für die ausgeprägte Sicherheitskultur und hohen technischen Standard sind die sehr hohen Verfügbarkeiten deutscher Kernkraftwerke. Unter den 10 Kernkraftwerken mit den besten Produktionsergebnissen weltweit finden sich immer deutsche Kernkraftwerke.

Das hohe Sicherheitsniveau der deutschen Kernkraftwerke kommt nicht von ungefähr. Sie waren bereits zum Zeitpunkt ihrer Errichtung in den 70er und 80er Jahren bezüglich der Anlagenkonzeption im weltweiten Vergleich als fortgeschritten einzustufen. Seitdem wurden und werden alle Anlagen mit großem Aufwand permanent sicherheitstechnisch verbessert und dem Stand von Wissenschaft und Technik nachgeführt.

Ja, wir haben eine hohe Sicherheitskultur in der Kernenergie in Deutschland. Es reicht aber nicht, sich auf die Schulter zu klopfen. Sicherheitskultur muss man sich ständig neu erarbeiten und in den Köpfen der Verantwortlichen und der Mitarbeiter lebendig halten. Ich appelliere an uns alle, bei diesem Thema nicht nachzulassen. Sonst verlieren wir das zunehmende Vertrauen schneller, als wir es je gewinnen können.

Anrede

Und auch die angeblich ungelöste Endlagerfrage ist kein technisches, sondern eindeutig ein politisches Problem. Die Schrittfolge zur Lösung ist in der sogenannten Kernenergievereinbarung von 2001 genau und präzise beschrieben. Nach der Entscheidung des OVG Lüneburg, kann Konrad – das Endlager für schwach-radioaktive Abfälle – jetzt ausgebaut und bis 2013 in Betrieb genommen werden. Einer weiteren Erkundung des Endlagers Gorleben steht nichts mehr im Wege. Wenn wir nur politisch wollen, können wir das Endlagerthema in Deutschland lösen. Und weil wir es lösen können, müssen wir es aus unserer Verantwortung vor künftigen Generationen endlich lösen. Es scheint, als komme jetzt etwas Bewegung in diese Frage. Ich kann nur an alle Beteiligten appellieren, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Anrede

Die unaufgeregte Reaktion der Bevölkerung auf die neue Debatte um die Kernenergie zeigt, dass der gesellschaftliche Friede – anders als noch vor Jahren – durch eine Neubewertung der Kernenergie nicht bedroht ist. Laut einer jüngsten Forsa-Umfrage ist eine – wenn auch knappe – Mehrheit dafür, dass die Kernkraftwerke länger als vereinbart genutzt bzw. der Ausstieg komplett rückgängig gemacht werden sollte. Und 61 % sind der Meinung, dass es nicht

vertretbar ist, aus der Kernenergie auszusteigen, bevor alternative Energien in vergleichbarem Umfang zur Verfügung stehen.

Die Bundeskanzlerin hat schon den Nerv getroffen, als sie die Gegner der Kernenergie aufgefordert hat, darzulegen, wie denn die Klimaschutzziele trotz Kernenergie-Ausstieg erreicht werden können. Wirklich belastbar und seriös wird dies nicht gelingen. Sie hat angekündigt, dass beim Energiegipfel das Thema Energiemix und dabei auch – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – das Thema Kernenergie behandelt werden soll. Das kann man nur unterstützen. Denn wenn das Thema Kernenergie ausgeklammert wird, braucht man über das Thema Energiemix auf dem Gipfel erst gar nicht zu reden. Angesichts der politischen Situation kann man allerdings keine Wunderdinge erwarten. Was man aber erwarten muss, ist, dass eine offene und vorurteilsfreie Diskussion über die Neubewertung der Kernenergie in Gang gesetzt wird.

Vollendete Tatsachen durch Abschalten von Kernkraftwerken sollten bis dahin nicht geschaffen werden. Deshalb ist es richtig, dass Anträge auf Strommengen-Übertragung für die älteren Kernkraftwerke gestellt werden. Dies ist kein Verstoß gegen die Kernenergie-Verständigung. Das Atomgesetz sieht dies grundsätzlich vor; über die Anträge muss zügig nach Recht und Gesetz entschieden werden.

So wichtig und richtig diese Anträge auch sind, an einer grundsätzlichen Neubewertung der Kernenergie führt kein Weg vorbei. Sie muss jetzt erfolgen!